

1674/AB XX.GP

Die Abgeordneten zum Nationalrat Wabl, Freundinnen und Freunde haben am 12. Dezember 1996 unter der Nr. 1634/J an meinen Amtsvorgänger eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Aktivitäten zur Schließung des Kernkraftwerkes Krsko gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

1. Welche Aktivitäten im Sinne der parlamentarischen EntschlieÙung vom November 1995, nämlich die Unterstützung der Republik Slowenien bei der Schließung des AKW Krsko in Form eines energiewirtschaftlichen Kooperationspaketes, wurden seitens der Bundesregierung seit Beantwortung der Anfrage 176/J (222/AB vom 24.4.1996) gesetzt, bzw. sind für die Zukunft - auch aufgrund der Neuwahlen in Slowenien - geplant?
2. Welche Aktivitäten im Sinne der oa EntschlieÙung, und zwar hinsichtlich der Schaffung von Finanzierungsinstrumenten in der EU für nicht-nukleare Alternativen, welche der Republik Slowenien zugänglich gemacht werden sollten, wurden im Zeitraum seit Mai 1996 seitens der Bundesregierung gesetzt?
3. Welche Ergebnisse zeitigte die Arbeit der österreichisch-slowenischen Gemischten Kommission für bilaterale Außenwirtschaftsbeziehungen und die der am 15. April 1996 konstituierten interministeriellen Arbeitsgruppe zwischen Bundeskanzleramt, den Bundesländern Steiermark, Kärnten und den Umweltorganisationen seit Mai 1996 im Sinne der Zielsetzung, Krsko zu schließen?
4. Was ist der aktuelle Stand der Überlegungen im Zusammenhang mit der Durchführung und Finanzierung möglicher Ersatzstromlieferungen Österreichs?
5. Gibt es eine Weiterentwicklung der Regierungskontakte mit Kroatien bezüglich Krsko, wenn ja, welche Vorstellung von kroatischer Seite zur AKW-Schließung oder zu möglichen Ersatzleistungen für den Krsko-Strom liegen vor?

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

Die in der Beantwortung der Anfrage 176/J der Abgeordneten zum Nationalrat Wabl, Freundinnen und Freunde vom 27. Februar 1996 ausführlich dargestellten Aktivitäten wurden unter gebührender Berücksichtigung des Sparkurses der Bundesregierung fortgesetzt.

Beispielhaft sei das Projekt eines Energiefonds für Slowenien erwähnt. Aus diesem revolvingenden Fonds sollen Energieeffizienzprojekte durch günstige Kredite finanziert werden. Dieser Fonds, konzipiert im Rahmen des PHARE-Programms der Europäischen Union, soll sowohl von der slowenischen Regierung, als auch aus PHARE-Mitteln dotiert werden. Österreich beabsichtigt, sich ebenfalls substantiell an diesem Fonds zu beteiligen.

Wie in Beantwortung der Anfrage 176/J bereits ausgeführt, ist eine Stilllegung des Kernkraftwerkes (KKW) Krsko nur bei Substitution der gesamten Stromerzeugung und einer gemeinsamen Entscheidung von Slowenien und Kroatien möglich.

Nach wie vor ist jedoch laut Auskunft der Österreichischen Elektrizitätswirtschafts-AG (VG) eine Substitution der gesamten Stromproduktion des Kernkraftwerkes Krsko nicht möglich (siehe Beilage).

Zu Frage 3:

Die Arbeit der österreichisch-slowenischen Gemischten Kommission fällt in den Zuständigkeitsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten. Ich ersuche daher um Verständnis, wenn ich von einer Beantwortung dieses Teiles der Frage absehe.

Die unter dem Vorsitz des Bundeskanzleramts stehende interministerielle Arbeitsgruppe dient vor allem der Bestandsaufnahme. Die Konzentration auf die Etablierung des oben erwähnten Energiefonds ist eine erste konkrete Konsequenz aus dieser Bestandsaufnahme.

Zu Frage 4:

Die netztechnische Situation hat sich nach den mir vorliegenden Informationen seit der Beantwortung der Anfrage 176/J nicht geändert. Nach wie vor sind die Hochspannungsleitungsnetze Österreichs und Sloweniens durch die 380 kV-Leitung "Kainachtal-Maribor" und durch die

220 kV-Leitung "Obersielach-Podog" verbunden. Die Netze Norditaliens und Österreichs sind ebenso noch mit der alten 220 kV-Leitung "Soverzene-Lienz" verbunden. Aus netztechnischer Sicht ist daher die Formulierung, daß "die zur Substitution des im Kernkraftwerk Krsko erzeugten Stromes erforderliche elektrische Energie zur Zeit aufgrund der Leitungssituation innerhalb Österreichs und Norditaliens nicht gesichert bereitgestellt werden könnte", nach wie vor aktuell.

Zu Frage 5:

Eine gemeinsame Entscheidung von Slowenien und Kroatien betreffend die mögliche Schließung des Kernkraftwerkes Krsko liegt nicht vor, vielmehr wurde seitens der Betreiber des Kraftwerkes ein Vertrag über den Bau von zwei Dampfgeneratoren unterzeichnet.